

Jugendministerkonferenz am 25./26. Juni 1998 in Kassel

TOP 4:

Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention

Beschluß:

I. Die Jugendministerkonferenz beschließt folgende

Erklärung zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes

1. Die Kinderrechtskonvention - Fundament umfassender Politik für und mit Kindern

Am 20. November 1989 haben die Vereinten Nationen das Übereinkommen über die Rechte des Kindes - Kinderrechtskonvention (KRK) - beschlossen. Nach Beteiligung der Länder gemäß dem Lindauer Abkommen und Ratifizierung im Deutschen Bundestag ist das Übereinkommen am 5. April 1992 in Deutschland in Kraft getreten.

Auf ihrer Konferenz am 26. Juni 1998 in Kassel haben die Jugendministerinnen und Jugendminister, Jugendsenatorinnen und Jugendsenatoren der Länder das Übereinkommen vor dem Hintergrund seiner bisherigen Umsetzung eingehend gewürdigt und diese *Erklärung* verabschiedet:

1.1 Die Jugendministerkonferenz hält die kontinuierliche und konsequente Umsetzung der Kinderrechtskonvention für ein zentrales kinder- und jugendpolitisches Anliegen.

Die Kinderrechtskonvention bedarf der Umsetzung in allen für junge Menschen bedeutsamen Gestaltungsbereichen. Sie verpflichtet die Vertragsstaaten, alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung der von der Kinderrechtskonvention anerkannten Rechte zu treffen. Damit werden die in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland insbesondere im Kinder- und Jugendhilferecht sowie im Kindschaftsrecht

verankerten Rechte von Kindern und Verantwortungen für Kinder ergänzt und in ihrer Relevanz verstärkt.

Die Jugendministerinnen und Jugendminister, Jugendsenatorinnen und Jugendsenatoren setzen sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit für eine konsequente Verwirklichung der Kinderrechtskonvention ein. Sie betrachten es darüber hinaus in besonderer Weise als ihre Aufgabe, den Inhalt der Kinderrechtskonvention bekanntzumachen sowie auf ihre Beachtung in allen übrigen Politikbereichen hinzuwirken und hierzu Vorschläge zu unterbreiten.

1.2 Die Jugendministerkonferenz betont die rechtliche Verbindlichkeit der Kinderrechtskonvention als Staatenverpflichtung

Die Jugendministerkonferenz stellt ausdrücklich fest, daß es sich bei der Kinderrechtskonvention nicht um bloße Absichtserklärungen handelt, die nur als „Impulse“ Anregungen für nationale Politik geben. Vielmehr handelt es sich um verbindliches Völkerrecht.

Durch das Ratifizierungsgesetz ist die Kinderrechtskonvention zum Bestandteil der Deutschen Rechtsordnung geworden. Allerdings sind die Bestimmungen - gemäß ihrem Rechtscharakter - auf Umsetzung durch innerstaatliches Recht angewiesen. Dem notwendigen Transfer dient zum einen bereits bestehendes Recht, das konsequent im Sinne der Kinderrechtskonvention auszulegen und entsprechend anzuwenden ist. Zudem ist die Schaffung neuen Rechts bzw. die Änderung geltenden Rechts notwendig - so wie es aktuell im Bereich des Kindschaftsrechts geschehen ist. Somit ist der Staat in allen Bereichen und auf allen Verantwortungsebenen von Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung verpflichtet, die notwendigen Anwendungs- und Umsetzungsschritte zu vollziehen.

1.3 Die Jugendministerkonferenz hebt hervor, daß die Verwirklichung der Rechte von Kindern nach der Kinderrechtskonvention strukturelle Verbesserungen der Entwicklungs- und Entfaltungsbedingungen von Kindern als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche notwendig macht.

Es entspricht dem Rechts- und Inhaltscharakter der Bestimmungen der Kinderrechtskonvention, daß ihre Umsetzung nicht vorrangig eine Frage juristischer Durchsetzung darstellt, sondern neben der administrativen und der gerichtlichen Beachtung hauptsächlich als Aufgabe politischer Umsetzung zu verstehen ist. Elementare Rechte von Kindern werden in Deutschland nicht durch allgemeine Kinderfeindlichkeit und generelle gesellschaftliche Diskriminierungen junger Menschen, sondern durch konkrete negative Lebensbedingungen für einzelne Kinder oder durch zumeist strukturell bedingte Nachteile für Kinder in bestimmten Lebenslagen gefährdet. Deshalb wäre eine insbesondere von Sozialpolitik isolierte Kinderrechtspolitik ohne hinreichende Wirkung.

Die Jugendministerkonferenz stellt klar, daß die zum Teil weitgehenden Interpretations- und Anwendungsspielräume keineswegs Unverbindlichkeit

bedeuten. Sie bestätigen vielmehr die grundsätzliche Bedeutung der Kinderrechtskonvention und die entsprechende Verantwortung für die Umsetzung durch Gesetzgebung, Verwaltung und Gerichte im jeweiligen Land. Gemeint ist die generelle Verpflichtung in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft, die existentiellen Bedürfnisse von Kindern in ihrem Grundrechtsanspruch auf Entwicklung und Entfaltung konsequenter und mit besonderem Vorrang als Gestaltungsmaßstab zugrunde zu legen.

1.4 Die Jugendministerkonferenz fordert als Konsequenz der Anerkennung der Rechte von Kindern die aktive Anerkennung entsprechender Pflichten und Verantwortung von Staat und Gesellschaft.

Mehr Kinderrechte bedeuten ein entsprechendes Mehr an Gewährleistungsverantwortung der Erwachsenen. Die Kinderrechtskonvention verstärkt insbesondere ein Verständnis von Art. 6 GG, nach dem die Schutz- und Förderverantwortung der staatlichen Gemeinschaft für die Familie und das staatliche Wächteramt gem. Art. 6 Abs. 2 GG auch als Garantenpflicht für die Sicherstellung elementarer Lebens- und Entwicklungsbedingungen für Kinder anzuerkennen ist.

Es entspricht dem spezifischen Charakter von Kinderrechten, daß sie - als zu fördernde Rechte - auf Gewährleistung und Unterstützung der Rechtsgemeinschaft angewiesen sind. Die in der Kinderrechtskonvention dem Kind zugeschriebenen „Rechte auf ...“ sind - richtig verstanden - als Ansprüche des Kindes auf aktive Achtung des jeweiligen Rechts zu verstehen und entsprechend zur Geltung zu bringen.

1.5 Die Jugendministerkonferenz sieht in der Betonung der Subjektstellung des Kindes als Träger eigener Grundrechte durch die Kinderrechtskonvention ein wichtiges Element zur Weiterentwicklung traditioneller Kinderschutz- und Förderungspolitik.

Die Kinderrechtskonvention betrachtet das Kind als Person mit eigenständigen Menschenrechten und der Fähigkeit zu altersgemäß selbständiger Ausübung seiner Rechte. Sie behandelt Kinder als eigenständige Rechtssubjekte, indem sie ihre persönlichen, politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechte völkerrechtlich verbindlich anerkennt. Hierdurch wird die humane und demokratische Perspektive für die fördernde und schützende Wahrnehmung von Verantwortung für Kinder und den Umgang mit Kindern verstärkt.

Die Jugendministerkonferenz sieht somit durch die Kinderrechtskonvention keinen Bruch in der Kinder- und Jugendpolitik durch einen vermeintlichen Wechsel von traditioneller Schutz- und Förderungspolitik der Jugendhilfe hin zu einer einseitigen Mündigkeits- und Partizipationspolitik im Sinne annähernder Gleichstellung junger Menschen mit Erwachsenen. Zwar ist Politik für junge Menschen traditionell geprägt vom Schutz vor Gefahren und der Förderung ihrer Entwicklung insbesondere durch Erziehung. Die bewußte Beteiligung und

Wahrnehmung des Kindes als Person mit eigenen Rechten, Interessen und Kompetenzen hat sich jedoch bereits in der Vergangenheit zu einem tragenden Element der Politik für die nachwachsende Generation entwickelt. Unsere Rechtsordnung kennt - insbesondere im Kindschaftsrecht sowie im Jugendhilferecht - Bestimmungen, die eigene Antrags- und Beteiligungsrechte von Kindern vorsehen. Die Kinderrechtskonvention bedeutet somit eine systematische Verstärkung des subjektorientierten, partizipativen Elements innerhalb der Politik für Kinder. Weiterentwicklungen in dieser Richtung sollten in der Überzeugung vorangetrieben werden, daß frühzeitig erlebte und praktizierte Partizipation die Grundlage einer lebendigen Alltagsdemokratie ist.

1.6 Die Jugendministerkonferenz sieht ungeachtet notwendiger Rechtsreformen bereits vielfältige Anwendungsmöglichkeiten für die Kinderrechtskonvention im geltenden Recht.

Die Jugendministerkonferenz appelliert an alle Verantwortungsebenen und Verantwortungsbereiche, die Rechte des Kindes im Sinne der Kinderrechtskonvention wirksam umzusetzen. Der Blick auf wesentliche Aufgaben der Gesetzgebung, wie sie im Kindschaftsrecht wahrgenommen wurden, darf nicht die bereits bestehenden vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten im Rahmen des geltenden Rechts übersehen.

Nach dem Geist und der Zielsetzung der Kinderrechtskonvention lassen sich insbesondere durch eine kinderfreundliche Familien- und Sozialpolitik, Schul- und Ausbildungspolitik, Umwelt- und Verkehrspolitik, Wohnungs- und Städtebaupolitik sowie Freizeit-, Kultur- und Medienpolitik wesentliche Umsetzungsschritte erreichen. Die konventionskonforme Auslegung zahlreicher Generalklauseln und unbestimmter Rechtsbegriffe ermöglicht den juristischen Zugang zu vielfältiger Anwendung der Kinderrechtskonvention. Ein wesentlicher Aspekt ist hierbei die rechtliche Ausfüllung des für die Kinderpolitik zentralen Begriffs des „Kindeswohls“, der bei der praktischen Anwendung im Lichte der Kinderrechtskonvention eine stärker der Subjektstellung des Kindes und seinen Persönlichkeitsrechten entsprechende Bedeutung erfahren muß.

1.7 Die Jugendministerkonferenz hebt hervor, daß die Maßstäbe für die rechtliche Tragweite der Kinderrechtskonvention sich nicht aus dem internationalen Vergleich ergeben, sondern aus den jeweiligen nationalen soziokulturellen Standards abzuleiten sind.

Die Jugendministerkonferenz betont, daß die Maßstäbe für die Geltung der Kinderrechtskonvention sich aus dem jeweiligen nationalen Kontext ergeben und sich nicht an der Situation der Kinder in Entwicklungsländern oder an globalen Durchschnittswerten orientieren können. So ist die Einschätzung von Kinderarmut nicht eine Frage absoluter Bewertung, sie muß vielmehr in Relation zu den sozialen Standards im eigenen Land gesehen werden.

Die Jugendministerkonferenz weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß angesichts der sozialen Standards auch in der Bundesrepublik Deutschland

zunehmend mehr Kinder unter der Bedingungen wirtschaftlicher und sozialer Benachteiligung aufwachsen. Im übrigen sind Einschränkungen von Kinderrechten in der Bundesrepublik Deutschland von anderen Merkmalen gekennzeichnet als in den Entwicklungsländern. Insbesondere Formen struktureller Rücksichtslosigkeit gegenüber elementaren Lebens- und Entfaltungsbedürfnissen von Kindern in den Bereichen Konsum, Freizeit, Verkehr, Städte- und Wohnungsbau, Medien usw. müssen abgebaut werden.

1.8 Die Jugendministerkonferenz mißt dem breiten gesellschaftlichen Diskurs entscheidende Bedeutung für die nachhaltige Erfüllung der Kinderrechtskonvention bei. Sie dankt auch allen nichtstaatlichen Organisationen für ihr Engagement.

Das Fehlen einer staatlichen, insbesondere gerichtlichen Anwendungskontrolle und Sanktionsmöglichkeit ist kein Beleg für die Unverbindlichkeit der Kinderrechtskonvention.

Die Jugendministerkonferenz stellt fest, daß der für ein weltweit geltendes Rechtssystem adäquaten Grundsätzlichkeit und Umsetzungsfreiheit politisch und dialogisch organisierte Umsetzungsmechanismen besser entsprechen. Das grundlegend notwendige Umdenken, sich in allen gesellschaftlichen Bereichen an den Bedürfnissen und Interessen der nachwachsenden Generation zu orientieren, erfordert einen breiten, kontinuierlichen gesellschaftlichen Diskurs.

Die Jugendministerkonferenz anerkennt in diesem Zusammenhang ausdrücklich das Engagement der gesellschaftlichen Gruppen, die für die Umsetzung der Kinderrechtskonvention eintreten. Ihrer Arbeit wird auch für die Zukunft besondere Bedeutung beigemessen. Auch die Begleitung der Umsetzung der Kinderrechtskonvention durch den Deutschen Bundestag, insbesondere durch seine Kinderkommission, wird ausdrücklich begrüßt.

1.9 Die Jugendministerkonferenz betont die Aufgabenverantwortung der Bundesländer und der Kommunen bei der Umsetzung – der Kinderrechtskonvention. Sie hält deshalb zukünftig ihre stärkere Beteiligung an den Verfahren durch den Bund für notwendig.

Im Hinblick auf die vielfältigen Aufgaben und Zuständigkeiten der Länder und Kommunen und deren entsprechende Verantwortlichkeit für die Umsetzung der Kinderrechtskonvention sieht die Jugendministerkonferenz die Notwendigkeit, daß sie in Zukunft stärker in den Umsetzungsprozeß und die Berichterstattung durch die Bundesregierung einbezogen werden.

1.10. Die Jugendministerkonferenz befürwortet die von der Bundesregierung in Aussicht gestellte Überprüfung der Vorbehaltserklärung zur Kinderrechtskonvention.

Die Jugendministerkonferenz teilt die Rechtsauffassung, daß die Kinderrechtskonvention keine individuellen Anspruchsrechte enthält. Um so nachhaltiger ist die sich aus der Ratifizierung ergebende Staatenverpflichtung zu betonen, mit der Kinderrechtskonvention nicht konformes Recht entsprechend zu ändern.

Die von der Bundesregierung in Aussicht gestellte Überprüfung der Vorbehaltserklärung wird von der Jugendministerkonferenz ausdrücklich begrüßt. Allerdings hält die Jugendministerkonferenz die inhaltliche Auseinandersetzung mit den von der Vorbehaltserklärung besonders betroffenen Bestimmungen sowie die Umsetzungen in der Sache durch konkrete Reformen des innerstaatlichen Rechts und Verbesserung der Entwicklungs- und Entfaltungsbedingungen für Kinder für weit wichtiger als eine erneute Ratifizierungsdiskussion.

2. Die Kinderrechtskonvention - rechtlicher Maßstab des Handelns für die nachwachsende Generation

2.1 Die Jugendministerkonferenz sieht in dem Recht des Kindes auf Achtung seiner Person einen menschenrechtlichen Grundwert, auf den alles politische und gesellschaftliche Handeln für die nachwachsende Generation auszurichten ist.

Die in der Kinderrechtskonvention im einzelnen anerkannten Rechte sind Ausdruck für das Recht jedes Kindes auf Achtung seiner Person und enthalten damit einen grund- und menschenrechtlichen Wesensgehalt, der alle Einzelrechte und deren Verwirklichung prägen muß. In Übereinstimmung mit dem Menschenwürdegrundsatz des Art. 1 GG ist das Kind als eigenständige, sich zu voller Verantwortlichkeit entwickelnde Persönlichkeit zu achten und zu fördern. Diese Subjektorientierung ist übergeordnetes Geltungs- und Auslegungsprinzip der Kinderrechtskonvention. Obenan hat das Gebot zu stehen, die Würde jedes Menschen - das heißt auch des Kindes - zu achten und zu schützen und aktiv für deren Verwirklichung einzutreten.

2.2 Die Jugendministerkonferenz betrachtet Schutz, Förderung und Beteiligung von Kindern als gleichrangige Ziele der Politik für Kinder.

Die in der Kinderrechtskonvention verankerten Rechte enthalten Kernpunkte, die der Politik für Kinder eine differenzierte Zielsetzung vorgeben. Der Schutz des Kindes - „protection“ - steht neben dem Gebot, die Entwicklung und Entfaltung des Kindes zu fördern - „promotion“ -. Beides wird ergänzt durch das Recht auf altersangemessene Beteiligung in allen das Kind betreffenden Angelegenheiten

-„participation“- . Die Kinderrechtskonvention fordert dazu heraus, diese Dimensionen der Politik für Kinder miteinander zu verbinden und aufeinander abzustimmen.

In der Praxis sind davon wesentliche Steigerungen fachlicher Effektivität zu erwarten. Schutzkonzepte unter Beteiligung von Kindern erweisen sich als problemangemessener. Frühzeitige Förderung von Kindern ist zugleich wirksamere Prävention. Umfassende Beteiligung fördert am ehesten die Entwicklung und Entfaltung zu einer eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.

2.3 Die Jugendministerkonferenz fordert die Berücksichtigung des Kindeswohls als gemeinsame Aufgabe aller die Belange von Kindern berührenden Politikbereiche.

Im Interesse einer umfassenden Förderung des Kindes bestimmt Art. 3 Abs. 1 KRK das „Wohl des Kindes“ bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, zu einem Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist. Die Kinderrechtskonvention legt hierfür einen Kindeswohlbegriff zugrunde, der nicht nur auf die Vermeidung von Gefährdungen abstellt, sondern positiv auf das „Wohlergehen“ des Kindes und die Gewährleistung der hierfür notwendigen Lebens- und Entfaltungsbedingungen ausgerichtet ist. Dem ist auf allen Gebieten staatlichen und gesellschaftlichen Handelns Anerkennung zu verschaffen, nicht nur im Bereich der Jugendhilfe, sondern ebenso in der Wohnungs-, Städtebau- und Verkehrspolitik, in der Schul- und Rechtspolitik, in der Umwelt- und Innenpolitik und insbesondere auch bei der Wahrnehmung der umfassenden örtlichen Verantwortung der Kommunen vor allem für eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur.

Soweit hier Ermessenstatbestände und Beurteilungsspielräume in Frage stehen, verlangt die Kinderrechtskonvention, daß das Wohl des Kindes bei der Abwägung mit anderen Interessen als Gesichtspunkt von besonderem Gewicht zur Geltung gebracht wird. Es darf nur zurückstehen, wenn anderweitige Interessen infolge besonderer Gründe gleichwohl höher zu bewerten sind. Der Abwägungsprozeß und die dabei erfolgte Bewertung des Kindeswohls sind jeweils nachvollziehbar offenzulegen.

2.4 Die Jugendministerkonferenz setzt sich für eine Stärkung konkreter Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen ein.

Das Recht auf Beteiligung und die Freiheit der Meinungsäußerung - Art. 12 und 13 KRK - sind in besonderer Weise Ausdruck der Achtung des Kindes als eigenständige, Verantwortung übende Persönlichkeit. Auf diesem Wege ist sicherzustellen, daß die Vorstellungen der nachwachsenden Generationen und ihre tatsächliche Lebenssituation in fachliche und politische Entscheidungsprozesse Eingang finden. Es geht dabei nicht vorrangig um formale Beteiligungsrechte. Erforderlich und weiter zu erproben ist eine Vielfalt unterschiedlicher Beteiligungs-

formen, die insbesondere auch den nichtsprachlichen Äußerungsformen von Kindern Rechnung tragen.

Planungen und Maßnahmen gewinnen an Lebensnähe und werden dadurch effektiver.

Alter und Reife von Kindern und Jugendlichen sind maßgebend dafür, inwieweit ihre unmittelbare Beteiligung geboten ist; im übrigen ist - zumal in allen das Kind berührenden Gerichts- und Verwaltungsverfahren - eine mittelbare Interessenvertretung durch Vertreter oder eine geeignete Stelle notwendig. Für das Vorhandensein konkreter Ansprechpartner ist Sorge zu tragen.

Die Jugendminister streben die stärkere Verankerung dieser Rechte für alle Verantwortungsebenen an, insbesondere im Rahmen der Ausführungsgesetzgebung zum SGB VIII sowie in den Gemeinde- und Landkreisordnungen der Länder.

Mit Fragen der Partizipation und deren verstärkter Förderung hat sich die Jugendministerkonferenz auf ihrer Sitzung am 26. Juni 1998 besonders befaßt und eine Erklärung für mehr Beteiligungsmöglichkeiten verabschiedet.

2.5 Die Jugendministerkonferenz betont die rechtliche Verpflichtung zu konkreten Umsetzungsschritten.

Die Verpflichtung der Vertragsstaaten, alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung der in der Kinderrechtskonvention anerkannten Rechte zu treffen - Art 4-, unterstreicht, daß sich in der praktischen Politik für Kinder die Stärkung der Rechte des Kindes und die Durchsetzung praktischer Kinderfreundlichkeit ergänzen müssen. Während im einzelnen weite Gestaltungsspielräume bestehen, verdichtet sich die Umsetzungsverpflichtung zum konkreten Handlungsgebot, wo das Kindeswohl bedroht ist oder Kinder Schaden nehmen. Im Hinblick auf die schwache gesellschaftliche Stellung der Kinder bedeutet dies, im innerstaatlichen Recht nötigenfalls unmittelbare Rechtsansprüche auf Schutz, Förderung und Beteiligung zu begründen, wenn nur auf diesem Wege die praktische Umsetzung der Rechte des Kindes zu gewährleisten ist.

Soweit dies bei wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten in der Kinderrechtskonvention an die Ausschöpfung verfügbarer Mittel gebunden ist, widerspricht es ihrem Geist, darin einen beliebig ausdehnbaren Haushaltsvorbehalt zu sehen. Es ist vielmehr rechtlich geboten, unter Berücksichtigung des Kindeswohlvorrangs gezielte Anstrengungen zu unternehmen, die zur Verwirklichung der Rechte des Kindes notwendigen Mittel bereitzustellen.

2.6 Die Jugendministerkonferenz betont die Notwendigkeit, die Belange von Kindern, insbesondere ihre Lebens- und Entwicklungsbedürfnisse, auch in der Forschung sowie im Rahmen fachpolitischer Berichterstattungen stärker zu berücksichtigen.

Die Kinderrechtskonvention verbindet das Recht auf Achtung, die Umsetzung der tragenden Prinzipien des Übereinkommens sowie der Rechte im einzelnen nach Art. 44 mit einer umfassenden Berichtspflicht. Im Interesse dieser Berichterstattung ist es erforderlich, nicht nur die rechtliche Lage der Kinder in Deutschland festzustellen, sondern den Fortschritt bei der Umsetzung der Kinderrechtskonvention kontinuierlich zu dokumentieren. Voraussetzung dafür ist die sorgfältige Beobachtung der Entwicklung auf der Bundesebene und in den Ländern und Gemeinden.

Die Jugendministerkonferenz hält es darüber hinaus für erforderlich, daß auch Forschung sowie Berichterstattungen in anderen Politikfeldern deutlicher den Blickwinkel auch auf die Rechte und Bedürfnisse von Kindern richten. Hierdurch wäre zu gewährleisten, daß bei Situations- und Bedarfsanalysen und politischen Zielbestimmungen in anderen Politikbereichen, wie Sozial-, Arbeitsmarkt-, Umwelt- und Gesundheitspolitik oder Schul- und Ausbildungspolitik, Kinderbelange als „ein vorrangig zu berücksichtigender Gesichtspunkt“ (Art. 3 Abs. 1 KRK) Beachtung finden und unter diesem Aspekt intensiver erörtert werden können.

3. Die Kinderrechtskonvention - besondere Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe

3.1 Die Jugendministerkonferenz unterstreicht die Bedeutung der Kinderrechtskonvention für alle Zuständigkeitsbereiche und Verantwortungsebenen, die Kinderbelange berühren. Der Jugendhilfe mißt sie für die Umsetzung der Kinderrechtskonvention eine Schlüsselrolle zu.

Die Erfüllung des Gebots nach Art. 3 KRK, das Kindeswohl als vorrangigen Gesichtspunkt zu berücksichtigen, ist originäre Aufgabe aller Stellen und Verantwortungsebenen, deren Zuständigkeiten die Belange von Kindern berühren. Sie haben aus eigenem Antrieb dafür zu sorgen, daß die Rechte des Kindes auf Schutz, Förderung und Beteiligung eingelöst werden.

Unbeschadet der originären Zuständigkeit anderer Stellen und Verantwortungsebenen fällt jedoch der Jugendhilfe bei der Umsetzung der Kinderrechtskonvention eine Schlüsselrolle zu: Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) beinhaltet im Sinne der drei Grundprinzipien der Kinderrechtskonvention zentral die Aufgaben des Kinderschutzes, der Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie deren Beteiligung.

Insbesondere die Jugendämter trifft hiermit eine Vorbildfunktion, die maßstabsetzend auch für andere Verwaltungszweige sein muß. § 8 SGB VIII

betont die Verpflichtung, als Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche zur Verfügung zu stehen. Durch geeignete Organisationsformen ist dafür Sorge zu tragen, daß Kinder und Jugendliche davon auch praktisch Gebrauch machen können. In der Jugendhilfeplanung müssen Beteiligungsverfahren entwickelt werden, die auch im Rahmen anderer Planungsprozesse genutzt werden können.

Über die Erbringung der eigenen Leistungen hinaus versieht § 1 SGB VIII die Jugendhilfe mit dem Mandat, auf positive Lebensbedingungen auch in Bereichen hinzuwirken, die als solche nicht zur Jugendhilfe gehören. Sie hat damit eine anwaltliche Funktion für Kinder auf allen Gebieten, die die Belange von Kindern fördern oder beeinträchtigen können. Sie hat insbesondere darauf zu achten, daß in gesellschaftlichen und politischen Bereichen, die als Rahmenbedingungen kindlicher Lebenswelten Bedeutung haben, positive Entwicklungen in Gang gesetzt werden. Dies betrifft vor allem Felder wie die Städtebaupolitik, die Wohnungsversorgung und Wohnumfeldgestaltung, die Verkehrspolitik sowie die Freizeit-, Kultur- und Medienpolitik. Wie bei ihrer eigenen Aufgabenwahrnehmung hat die Jugendhilfe dabei die nach der Kinderrechtskonvention gebotene Subjektorientierung und insbesondere die Beteiligung von Kindern entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife einzufordern und hierbei Unterstützung zu leisten.

3.2 Die Jugendministerkonferenz hält im Sinne der Kinderrechtskonvention eine Ausweitung der fachlichen Kompetenzen der Jugendhilfe für erforderlich und setzt sich verstärkt für ämter- und ressortübergreifende Arbeitsformen ein.

Der Vorbildfunktion der Jugendhilfe bei der Umsetzung der Kinderrechtskonvention und die Wahrnehmung der aus § 1 SGB VIII folgenden Aufgaben erfordern strukturelle Verbesserungen sowie fachliche Kompetenzen und Koordinationsaufgaben, die über die „klassische Jugendhilfe“ hinausgehen. Um erkennbar als Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche zur Verfügung zu stehen und wirksam der „Einmischungsfunktion“ der Jugendhilfe gerecht werden zu können, sollten vor allem Fachkräfte über entsprechende Befähigungen und Kenntnisse etwa der Bauleitplanung oder in betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Fragen verfügen.

Im Interesse frühzeitiger Beteiligung untereinander sind ämter- und ressortübergreifende Arbeitsformen zu entwickeln, damit im Wege wechselseitiger Abstimmung Politik für Kinder 'aus einem Guß' gelingen kann. Auch hier hat die Jugendhilfe nötigenfalls geeignete Initiativen zu ergreifen. Die Chancen neuer Steuerungsmodelle zur Wahrnehmung der Politik für Kinder als übergeordnete, alle Verwaltungszweige bindende Aufgabe sollten genutzt werden, um bestmögliche Voraussetzungen für die Umsetzung der Kinderrechtskonvention zu schaffen.